

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 2.70 einschließlich des Quartals-Unterhaltungsblattes in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Das Blatt enthält — Abg. über sonstige Angelegenheiten — Nachrichten über die Tätigkeit der Kommissionen oder der Ausschüsse — hat bei jeder Nummer einen Anhang mit Mitteilung über die Tätigkeit der Kommissionen oder der Ausschüsse — hat bei jeder Nummer einen Anhang mit Mitteilung über die Tätigkeit der Kommissionen oder der Ausschüsse.

Verl.-Abt.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberflügengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterflügengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die Kleinplattige Zeile 20 Pfg. Im Restamteil die Zeile 10 Pfg. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 60 Pfg. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen.

Fernsprecher Nr. 110.

Beantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hanneböhln in Eibenstock.

66. Jahrgang.

Nr. 5.

Mittwoch, den 8. Januar

1919.

Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln.

In Ergänzung von Punkt III der Verordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums vom 4. Dezember 1918 über die Ausführung der Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst über den Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln zu Saat- und Steckzwecken und deren Höchstpreise vom 28. November 1918 wird bestimmt, daß die Abgabe und der Erwerb solcher Zwiebeln bis zur Höhe eines Pfundes für den einzelnen Anbauer ohne Saatkarte erfolgen darf.

Dresden, am 31. Dezember 1918.

2385 b V G 2

Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

109

Landeslebensmittelamt.

Anruf! An die Landbevölkerung.

Stunden der größten Not sind in unserem Vaterlande angebrochen. Die Aufrechterhaltung unserer inneren Wirtschaft ist auf das schwerste gefährdet. Mangel an Kohlen und Rohstoffen legen die Industrie in großem Umfange lahm. Ungezählte zurückkehrende Krieger sind arbeits- und erwerbslos. Es wird unmöglich sein, diesen allen und den vielen anderen erwerbslos gewordenen Arbeitern in Industrie und Handwerk Unterkunft, Nahrung und Arbeit zu geben. Hier muß und kann das Land helfen. Landwirte! Ihr habt in aufopferndster Weise und unter Einsetzung Eurer ganzen Kraft bisher geholfen! Helft auch jetzt, die zurückkehrenden Krieger und alle anderen, die keine Arbeit finden, auf dem Lande zu beschäftigen! Gebt ihnen Arbeit, Nahrung und Wohnung, auch dann, wenn Ihr Euch selbst im Raum beschränken müßt! Baut Wege, melioriert Euer Felder und Wiesen, macht Waldarbeiten, kurz, schafft Arbeit! Das ist jetzt eine hohe sittliche Pflicht der Landwirtschaft.

Ohne Opfer wird und kann es dabei nicht abgehen. Ueber allem muß jetzt die Förderung der Erhaltung unserer landwirtschaftlichen Kraft und der inneren Ruhe und Sicherheit stehen. Steigert die Erzeugung, soweit es irgend möglich ist, nehmt an Menschen auf, foweit als Ihr nur irgend unterbringen könnt und arbeitet so mit um Wohle unseres Vaterlandes! Was vom Reichsamt und vom sächsischen Staatskommissar für wirtschaftliche Demobilisierung sowie vom Arbeits- und Wirtschaftsministerium gesehen kann, um der Landwirtschaft zu helfen, wird geschehen.

Arbeiter!

Industrie und Handwerk, die Euch bisher beschäftigt haben, liegen darnieder. Die Kohlen- und Transportnot zwingt sie zur Einstellung oder Einschränkung der Arbeit. Das Land aber braucht Arbeiter. In den landwirtschaftlichen Betrieben ist überall vieles nachzuholen. Nichts ist jetzt wichtiger als die Sicherung unserer Ernährung. Landverbesserungen, Wegebauten und viele andere Arbeiten ähnlicher Art harren der Ausführung. Bei der Bestellung und Ernte des kommenden Wirtschaftsjahres können viele Arbeiter lohnende Beschäftigung finden. Es gilt, den Boden bis zum letzten Fleckchen zu bebauen. Das Land ruft Euch und braucht Euch!

In größeren Gemeinden sowie in allen amts-hauptmannschaftlichen Bezirken sind öffentliche Arbeitsnachweise (Bezirksarbeitsnachweise), in einer größeren Anzahl von Orten überdies Nebenstellen des Arbeitsnachweises des Landeslebensmittelamtes vorhanden, die landwirtschaftliche Arbeit vermitteln. Wendet Euch an sie, Ihr werdet Arbeit finden und helft so am besten Eurem Vaterland.

Dresden, den 8. Januar 1919.

298 III DM

Der Staatskommissar für Demobilisierung,
Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium,
V. Abteilung (Landwirtschaft).

Verkauf von kondensierter Milch

in den Geschäften von Konsumverein I und II, Eberlein und Wendler an solche Milchverföhrungsberöchtigte, deren Milchkarten von den hiesigen Landwirten nicht beliefert werden können. Es entfällt innerhalb einer Woche auf

1/4 l-Karte 1 Dose Milch
1/2 " " 2 Dosen
1 " " 3 " "
1 " " 4 " "

Der Preis für die Dose Milch ohne Zucker beträgt 1,60 M.

Eibenstock, am 7. Januar 1919.

Der Stadtrat.

Für die Stadtverordnetenwahl

am 26. Januar 1919 sind die nachstehend je unter 1 genannten Stimmberechtigten als Wahlvorsteher, die je unter 2 aufgeführten Stimmberechtigten als stellvertretende Wahlvorsteher ernannt worden.

- | | |
|------------------|--|
| 1. Stimmberecht. | I. Herr Kaufmann Gustav Emil Schlegel, |
| | II. " Maschinenführer Karl Hermann Seidel, |
| 2. " " | I. " Fabrikant Jacob Friedrich Remus, |
| | II. " Stilmaschinenbesitzer Ernst Gustav Schumann, |
| 3. " " | I. " Kaufmann Gustav Emil Tittel, |
| | II. " Stilmaschinenbesitzer Ernst Louis Funf, |
| 4. " " | I. " Kaufmann Ernst Emil Weiskog, |
| | II. " Stadtrat Karl Richard Mey, |
| 5. " " | I. " Fabrikant Hermann Albert Drechsler, |
| | II. " Stilmaschinenbesitzer Hermann Anton Lorenz, |
| 6. " " | I. " Fabrikant Carl Gustav Pökel, |
| | II. " Maschinenführer Paul Ernst Zeuner. |

Eibenstock, den 7. Januar 1919.

Der Stadtrat.

Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauchs.

Infolge anhaltenden Rückganges der Kohlenförderung ist der Betrieb der Gas- und Elektrizitätswerke gefährdet. Deshalb muß einer Verordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums entsprechend bis zur Besserung der Kohlenförderung

1. die Beleuchtung aller öffentlichen Ladengeschäfte ab 6 Uhr abends,
2. die Benutzung von Gas- und Elektrizität zur Zimmerbeheizung,
3. die Heizung und Beleuchtung von Räumen zur Abhaltung von Tanzveranstaltungen jeder Art einschließlich Vereins- und Familienbällen sowie Tanzstunden

verboten werden.

Eibenstock, den 4. Januar 1919.

Der Stadtrat.
Seffe.

Ausgabe von Bezirkslebensmittel- und Kartoffelkarten

Mittwoch, den 8. d. M. in nachstehender Reihenfolge der Ausweishefte:

vorm. von 8-9 Uhr Nr. 1-300,	nachm. von 2-3 Uhr Nr. 1201-1500,
" " 9-10 " " 301-600,	" " 3-4 " " 1501-1800,
" " 10-11 " " 601-900,	" " 4-5 " " 1801-2100,
" " 11-12 " " 901-1200,	" " 5-6 " " 2101 u. h. h. Nr.

Von den Landeslebensmittelkarten kann nur Abschnitt A umgetauscht werden.

Die Voranmeldungen zum Warenbezug sind bis Freitag, den 10. d. M. zu bewirken. Die Händler haben die Anmeldebüchlein bis Sonnabend, den 11. d. M., mittags in unserer Markenprüfungsstelle abzugeben.

Eibenstock, den 7. Januar 1919.

Der Stadtrat.

Städtischer Verkauf von Möhren, Kohlrüben und roten Rüben

Mittwoch, den 8. d. M., von früh 8 Uhr ab im Keller der neuen Schule (Schulstr.). Preise: rote Möhren 16 Pfg., gelbe Möhren 12 Pfg., gelbe Kohlrüben 8 Pfg., rote Rüben 17 Pfg. für das Pfund.

Eibenstock, am 7. Januar 1919.

Der Stadtrat.

Städtischer Butterverkauf.

Mittwoch, den 8. d. M., vorm. Nr. 1-350, nachm. Nr. 351-700,

Donnerstag, " 9. " " " " 701-1050, " " 1051-1400,

Freitag, " 10. " " " " 1401-1750, " " 1751 u. h. h. Nr.

Der Preis für 60 g Butter beträgt 66 Pfg.

Eibenstock, am 7. Januar 1919.

Der Stadtrat.

Hoover über Europas Ernährungslage.

Paris, 3. Januar. (Reuter.) Der Vorsitzende der amerikanischen Lebensmittellkommission, Hoover, gab einen Bericht über die Ernährungslage Europas, in welchem er sagte: Wir haben über die Lage in Deutschland Untersuchungen angestellt, sind aber bisher noch nicht so weit, um irgendwelche endgültigen Beschlüsse zu fassen. Die Bevölkerung Deutschlands hat sicher genug Vorräte, um noch eine Zeitlang auszuhalten, von der Versorgung mit Zeit abgesehen, das ohne Zweifel sehr knapp ist. Die Festsetzung der Bedingungen über Maßnahmen, welche notwendig sind, um den besetzten Gebieten zu helfen, muß indessen unsere erste Sorge sein; sie umfaßt insgesamt Länder mit etwa 125 Millionen Menschen. Damit in der Lebensmittellieferung während der Zeit der Unterjochung und der Schaffung der Organisation keine Verzögerung entsteht, haben wir

Gestohlene

und unrechtmäßig erworbene

Bekleidungsstücke der Heeresverwaltung
schänden den Träger und den deutschen Namen.

Reichsverwaltungsamt, Berlin W. 8, Friedrichstrasse 66.

durch gemeinsames Zusammenwirken des Kriegsamtes und der Lebensmittelverwaltung bis heute etwa 150 000 Tonnen Nahrungsmittel nach verschiedenen europäischen Häfen gesandt. Daneben geben wir bisher monatlich 150 000 Tonnen nach Belgien und Nordfrankreich. Das Transportproblem bietet außerordentliche Schwierigkeiten infolge der schlechten Zustände der Eisenbahnen und des rollenden Materials in den ganzen Frage kommende Ge-

bieten. Daher entstanden nach der Landung der Lebensmittel neue Schwierigkeiten. In Belgien und Nordfrankreich mußten wir für die Verteilung eines Dienst mit Lastautomobilen einrichten und werden wahrscheinlich auch in den anderen Ländern dieses Verfahren einschlagen müssen. Außerordentlich schwierig ist ferner die finanzielle Frage. Die Ernährung Europas während der nächsten 6 Monate bildet ein großes ökonomisches Problem, sie ist auch von allergrößter politischer Bedeutung. Wenn wir Anarchie verhindern wollen, wenn wir den Wunsch hegen, daß die Welt zu irgend einer Form ordnungsmäßiger Regierung zurückkehrt, und wenn wir die Errichtung von Regierungen, mit denen wir Frieden schließen können, sichern wollen, müssen wir auf irgend eine Weise für Nahrungsmittellieferung sorgen. Das finanzielle Problem zerfällt in drei Kategorien:

1. An Deutschland und einige Alliierte und Neutrale können wir die benötigten Nahrungs-

mittel in der Form eines richtigen Handelsgeschäfts gegen angemessene Bezahlung in annehmbaren Wert verkaufen.

2. sind es die befreiten Gebiete und einige Alliierte, denen Amerika nach den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen zeitweilige Anleihe geben kann.

3. die Völker, welche die Unterstützung Amerikas in erheblichem Maße benötigen, denen diese Unterstützung aber aus den gegenwärtig verfügbaren Fonds nicht gewährt werden kann. Es erscheint den Alliierten und der amerikanischen Regierung nur gerecht, daß, da ein großer Teil der Schwereigkeiten der befreiten Länder durch die rücksichtslosen Handlungen der deutschen Armee verursacht ist, die Deutschen veranlaßt werden sollen, Schiffe für den Nahrungsmitteltransport nach diesen Gebieten zu stellen. Es wird zweifellos eine Vorbedingung für die Gewährung von Lebensmittellieferungen an Deutschland sein, daß deutsche Schiffe für die Versorgung aller befreiten Länder benutzt werden.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der frühere Reichskanzler Graf Hertling 7. Nach sechstägigem Krankenlager ist in Aufbahrung Sonnabend abends 9 1/2 Uhr der frühere Reichskanzler Graf Hertling verstorben.

Die widerrechtliche Verwendung unserer Truppen. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Anlässlich der unerhörten Bergewaltigung, welcher die deutschen Truppen im Osten unterworfen werden sollen, hat nach dem übereinstimmenden Ausschuss der Reichsregierung und der Waffenstillstandskommission nunmehr auch die deutsche Oberste Heeresleitung in Spaß u. a. ausdrücklich erklärt: Artikel 12 und 13 des Waffenstillstandsabkommens fordern ausdrücklich sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen im Osten. Auf die deutsche Anregung, welche ebenso im deutschen Interesse wie in demjenigen der Allgemeinheit erfolgte, wurde der Wortlaut geändert. Deutschland hatte damit nicht die Verpflichtung übernommen, im Osten für Ordnung zu sorgen, sondern lediglich die Berechtigung erhalten, erst allmählich zu räumen. Die von Deutschland freiwillig übernommene Aufgabe, im Osten für Ordnung zu sorgen, wurde erfüllt, solange dies möglich war. Die Alliierten wurden von dem Rückmarsch durch schriftliche Erklärung vom 3. Dezember 1918 und mündliche Erklärung vom 23. Dezember 1918 unterrichtet. Die Alliierten dürften nicht, wenn sie wirklich Wert darauf legten, die kleinen Völker des Ostens durch die Deutschen zu schützen, diese verhindern, ihre Aufgabe durchzuführen. Dies ist aber tatsächlich der Fall gewesen. Die Alliierten erklären sich jetzt zwar solidarisch mit der polnischen Regierung, sie haben aber z. B. nicht zu verhindern gesucht, daß die Polen die Eisenbahnen nach Deutschland abschneiden und damit die Lebensmöglichkeit der deutschen Truppen unterbinden. Und wenn die Deutschen in der Ukraine kämpfen sollten, so müßten sie Waffen und Munition haben. Man dürfte sie ihnen nicht, wie es z. B. in Odessa geschehen ist, wegnehmen. Einzigartig wird ferner darauf hingewiesen, daß durch die von den Alliierten beabsichtigte unwürdige Behandlung der deutschen Truppe die Gefahr des Bolschewismus für die östlichen Länder außerordentlich gesteigert würde, nicht zum wenigsten für Polen, wo bolschewistische Ideen weit verbreitet sind. Die deutsche Oberste Heeresleitung erwartet daher, daß in Anerkennung der vorgebrachten Gründe eine würdige Lösung für die Rückkehr der deutschen Truppen aus dem Osten gefunden wird.

Die Gefährdung unserer Truppen in Südrussland. Von Nikolajewsk ist dem „Vorwärts“ zufolge nachfolgender Funkpruch in Berlin eingegangen: „Wachsende Aufstandsbebewegung bolschewistischer Charakter macht die Heimreise zu Lande für die deutschen Truppen der Schwarzmeerflotte unmöglich. Die Verblendung und Disziplinlosigkeit der eigenen Kameraden beschleunigt das Verderben. In der ganzen Ukraine gibt es keine deutschen Bahnschuss mehr. Eigenmächtig abgerollte Transporte werden einzeln abgewrackt und ausgegräbt und gehen im russischen Winter schwerster Not entgegen. Einzige Rettung für die Dinterschlebe ist Abtransport zur See mit Schiffen, die von der Heimat zu stellen, da vorhandenes Material für lange Reise völlig unbrauchbar. Es stehen in Nikolajewsk 11 000, in Odessa 2000, in Konstantinopel 10 000, in Porti 1600, insgesamt also 25 000 Mann, dazu 30 bis 40 Schwestern der deutschen Soldatenheime. Erforderlich also entsprechende Anzahl Transportdampfer. Schickt sie nach Benehmen mit Entente schleunigst ab und gebt Nachricht. Gefahr wächst täglich, da mit Angriffen übermächtiger Kräfte zu rechnen und eigene Kampfkr. durch Abgabe von Waffen und Munition an Entente geschwächt. Auch Verpflegung und Geldmittel nur noch knapp zur Verfügung. Eile dringend geboten. Laßt deutsche Brüder und Schwestern nicht im Stich!“

Ausbau des Grenzschutzes im Osten. Die Beratungen der Reichsregierung und der Zentralräte, die unter Leitung des neuen Kriegsministers in den letzten Tagen stattgefunden haben, sind in allgemeiner Uebereinstimmung beendet worden. Man hat sich hinsichtlich der Ereignisse zu einem weiteren Ausbau des Grenzschutzes entschlossen. Am Dienstag wird der Auftrag an die Freiwilligen ergehen

und es werden gleichzeitig die einschlägigen Bestimmungen über die Kommandostellen, die Höhe der Böhnung und die Art der Organisation veröffentlicht werden.

Die polnische Gefahr. Die Polen haben sich durch die deutschen Proteste in ihrem Vormarsch auf deutschem Boden nicht aufhalten lassen. Es hat vielmehr den Anschein, als ob dieser Vormarsch ein beschleunigteres Tempo angenommen hätte. Die Verkehrsverbindungen mit Schneidemühl, dem wichtigsten Kreuzungspunkte im Osten, sind bereits unterbrochen. In Gnesen, wo die Polen bereits das Feld beherrschen, hat die polnische Volksanwerbung begonnen. Die Polen machen sei Hehl daraus, zu gestehen, daß das jetzt in Bildung begriffene Heer für die „Befreiung“ Westpreußens bestimmt ist. Gegen Thorn sollen polnische Truppen mit Artillerie unterwegs sein. Wie verlautet, sind die Polen bereits stark im Anmarsch auf Bromberg. Die Eisenbahn von Bromberg nach Gnesen ist von den Polen besetzt.

Oesterreich-Ungarn.

Madajen nach Saloniki gebracht! Madajen, der bisher im Schlosse des Grafen Karolyi interniert worden war, wurde Sonntagabend von französischen Kolonialtruppen nach Saloniki überführt. In den ersten Abendstunden wurde Madajen von französischen Kolonialtruppen abgeholt. Ein hoher französischer Offizier begab sich in die von Madajen bewohnten Räume und machte ihm mit wenigen Worten die Mitteilung, daß er nach Saloniki gebracht werden würde. Madajen war aufs tiefste bestürzt, erklärte aber schließlich, daß er der Gewalt weichen müsse. Aus dem Schlosse wurde Madajen unter starker Bedeckung von Kolonialtruppen, die unter dem Kommando eines französischen Offiziers standen, zum Bahnhof gebracht, wo ein Separatzug, bestehend aus fünf Salonwagen und drei Pasmwagen in Bereitschaft gehalten wurde. In den Zug stiegen 50 bewaffnete Kolonialtruppen; in dem Salonwagen nahmen neben Madajen mehrere französische Offiziere Platz. Der Zug setzte sich hierauf zur Fahrt nach Saloniki in Bewegung.

Frankreich.

Der Beginn der Friedensverhandlungen. Präsident Wilson, wie aus Paris amtlich verlautet, am 6. oder 7. Januar nach Paris zurückkehren. Die ersten Besprechungen der in Paris eingetroffenen Friedensdelegierten werden dann sofort im Ministerium des Auswärtigen beginnen. Wie „Echo de Paris“ mitteilt, wird Lloyd George noch Ende dieser Woche in Paris eintreffen.

England.

Der Völkerbund vorläufig ohne Deutschland. Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet seinem Blatte, daß er mit Leon Bourgeois eine Unterhaltung über den Völkerbund hatte, worin dieser ihm mitteilte, daß er mit den Vorsitzenden englischer, amerikanischer und italienischer Vereinigungen einen Entwurf ausgearbeitet habe, welcher der Friedenskonferenz vorgelegt werden soll. Danach sollen die Alliierten zunächst untereinander einen Völkerbund bilden, welcher die Verpflichtung zu schiedsgerichtlichen Streitigkeiten und die Beschränkung der Rüstungen vorsteht. Deutschland soll erst Zutritt erhalten, wenn es die ihm auferlegten Friedensbedingungen erfüllt hat. Sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages soll eine allgemeine Konferenz einberufen werden, auf welcher die Alliierten ihre Beschlüsse bekanntmachen und die anderen Völker zum Anschluß an den Völkerbund auffordern sollen.

Amerika.

Die geplante Getreideversorgung Deutschlands. Nach in Amsterdam eingetroffenen Konsulatsberichten aus New York wird in den nächsten Wochen der Vereinigte Staaten ersthaft mit einer beschleunigten Aufnahme der Getreidelieferungen für Deutschland und das Gebiet der früheren Konföderation gerechnet. Für die Ausfuhr nach Deutschland wird aber trotz der enormen Vorräte an Weizen in erster Linie Roggen bereitgestellt, da in dem letzten Jahr in Amerika viel mehr Roggen angebaut worden ist als in früheren Zeiten. Da außerdem diese Getreideart in den Vereinigten Staaten nur wenig verbraucht wird, macht sich unter den Getreidehändlern eine starke Stimmung dafür geltend, den Ueberschuß an Mitteleuropa abzugeben, um für ihre Erzeugnisse einen möglichst hohen Preis zu erzielen. Von seiten des amerikanischen Getreidehandels sind schon seit Anfang Dezember alle Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland im Gange. Das einzige wirkliche Hindernis für eine ausgiebige Belieferung des deutschen Volkes mit Brotgetreide bildet der Mangel an Schiffsraum. Auch von den Weizenvorräten Amerikas kommen für Lieferung im Frühjahr größere Vorräte in Betracht, als ursprünglich angenommen wurde. Selbst nach der Versorgung der alliierten Länder bleibt ein erheblicher Ueberschuß an Weizen vorhanden, dem England und Frankreich besten wieder einen Teil ihres Bedarfs aus der argentinischen Getreideernte. Für diese sind die Ausfuhr die denkbar günstigsten. Ein vollständiger Abtransport ist jedoch nur bei Bereitstellung des fehlenden Schiffsraumes möglich, denn von der vorigen Weizenernte lagern noch in argentinischen Speichern 1 1/2 Millionen Tonnen Weizen.

Wilson ersucht um einen Kredit für Lebensmittellieferungen. Aus Washing-

ton wird gemeldet: Wilson hat den Kongress ersucht, 100 Millionen Dollar für Widerung der Hungersnot in Europa zu bewilligen. Diese Summe wird namentlich Verwendung finden, um Nahrungsmittel nach Teilen Bestruhlands, Polen und Oesterreich-Ungarn zu senden.

Die deutschen Kriegsschiffe sollen vernichtet werden. Reuter meldet aus Washington vom 3. d. M., daß General Rodman, der dem Befehl über die amerikanische Schlachtsflotte in der Nordsee geführt hat, in der Marinekommission des Repräsentantenhauses dazu riet, alle übergebenen großen Schiffe der deutschen Marine zu vernichten. Er erklärte, daß man die deutschen Schiffe nicht brauchen, da die Typen von denen der Alliierten abweichen, so daß die Instandhaltung der Schiffe Geldverschwendung bedeuten würde.

Örtliche und Sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 7. Januar. Die Verlustliste Nr. 571 der Sächs. Armee enthält aus unserem Amtsgerichtsbezirk folgende Namen: Aus Eibenstock: Kurt Unger, leicht verwundet, Erich Gläß, Gefreiter, Karl Horbach und Alfred Hamer, sämtlich vermisst; aus Schneide: Ernst Unger, Gefreiter, vermisst, Albert Fuchs, bisher vermisst, in Gefangenschaft, Kurt Uerswald, Gefreiter, leicht verwundet, Robert Dänne, vermisst, Alfred Preuß, Gefreiter, vermisst, Edwin Brückner, Gefreiter, verwundet, Willy Dänne, Gefreiter, leicht verwundet, Alfred Frieß, Oberjäger, schwer verwundet; aus Schneide: Karl Wiegel, vermisst; aus Sosa: Paul Ungethlm, Sergeant, vermisst, Ernst Teubner, vermisst, Ernst Fuchs, Gefreiter, leicht verwundet, Franz Normann, Wagenschreiber, vermisst; aus Muldenhammer: Hugo Seidel, vermisst; aus Hundshübel: Alfred Fiedler, leicht verwundet; aus Oberstühengrün: Max Müdel, San.-Gefreiter, vermisst, Richard Baumgärtel, Oberjäger, vermisst, Friedrich Bretschneider, Leutnant d. Res., leicht verwundet; aus Unterstühengrün: Willy Schmidt, vermisst.

Eibenstock, 7. Januar. Der Bezirks-Lehrer-Verein Eibenstock-Schneide faßte in seiner letzten gutbesuchten Monatsversammlung folgende Entschliessung: a) Abgelehnt wird das gängliche Verschwinden des Religionsunterrichts aus der Volksschule und sein Ersatz durch reinen Moralunterricht. b) Aber auch der dogmatisch gebundene Religionsunterricht wird für die Volksschule abgelehnt; statt dessen fordern wir eine sittlich-religiöse Lebenskunde in deutscher Ausprägung und im Sinne der Zwidauer Thesen. c) Für jeden Lehrer fordern wir das Recht, für seine Person die Erteilung jedes Religionsunterrichts abzulehnen. d) Der nicht konfessionell gebundene Religionsunterricht im Sinne des Beschlusses zu b) ist wesentlicher Unterrichtsgegenstand der Volksschule, und jedes Kind ist zur Teilnahme daran verpflichtet; keinesfalls ist die Entscheidung über die Teilnahme dem noch entscheidungsunreifen Kinde zu überlassen. e) Sache der Kirche, nicht der Schule, ist die Entschliessung darüber, wie erstere ihre heranwachsenden Glieder konfessionell unterrichten will; doch dürfen dabei auf keinen Fall die schulschen Belange beeinträchtigt werden.

Eibenstock, 7. Januar. Auf den Verkauf von Speise-Ruben und Möhren im Schulgebäude sei auch hier aufmerksam gemacht (vgl. amtliche Bekanntmachung). Da wegen der Wiederverwendung dieses Schulgebäudes für den Unterricht die Keller geräumt werden müssen, so würde es die städtische Lebensmittelstelle zur Vermeidung von Umräumungsarbeiten begünstigen, wenn die Einwohnerschaft die zum Verkauf stehenden Gemüße recht ausgiebig erwerben würde.

Eibenstock, 7. Jan. Der hiesige Frauenverein mußte zu Weihnachten von einer öffentlichen Belagerung leider absehen, da sich diese bei der jetzigen Unmöglichkeit, Kleidungsstücke oder Nahrungsmittel zu beschaffen, von selbst verbot. Doch hat er an seinem Teile an diesem besonders trüben Weihnachten auch etwas Freude zu verbreiten gesucht und vor den Festtagen durch Vorstandsmitglieder an 125 Parteien, Alte, Arme und Kranke Geldgeschenke und sonstige kleine Gaben ausgeteilt. Er konnte dafür über 1000 Mk. aufwenden dank den Güssen einer Stiftung in Höhe von 250 Mk., die freundlichst schon für 1918 dem Verein zugewendet wurden, obwohl sie erst von 1919 an fällig sind.

Dresden, 2. Januar. Die von der sächsischen Staatsbeamtenchaft unter sich während des Krieges veranstaltete und vom Landesverein sächsischer Staatsbeamten für Wohlfahrtszwecke mit einem Ergebnis von rund 1216 000 Mark durchgeführte Geldsammlung für die Kriegshilfswerke des Landes, nämlich das Rote Kreuz, die Stiftung Heimatbank usw., ist nunmehr mit Ende des Jahres 1918 eingestellt worden. Das Ergebnis dieser Geldsammlung wird ein Ruhmesblatt in der Geschichte der sächsischen Staatsbeamtenchaft bleiben.

Dresden, 3. Januar. Die Pockenepidemie in Dresden ist selber noch nicht erloschen. Bis jetzt sind über 80 Fälle festgestellt worden. Die Krankheit tritt in allen Stadtteilen auf und ist meist durch Familienmitglieder übertragen worden. Zahlreiche Uebertragungen sind auch in einer größeren Herberge in der inneren Stadt festgestellt worden.

Dresden, 3. Januar. Im Scherze erschossen wurde der Grenadier Karl Weber am vergangenen Montag. Er war im Gasthause „Stadt Leipzig“ mit dem Verlobten von Etzsch beschäftigt, wobei noch ein anderer Kamerad mit half. Der seh-

tere einm raden würd
mittl Kauf schen mit r a u beten, in S mittel morb 9000
fall dem Befin nenge betra und seiner dem v den v trümm Liegen lehrli
Dee r gerdt Hause Heeres haben, daß si beging gut se sonest überla ist soel gut er ordnung 1919
mann wie be Strafe Gutes pot, die Orten Bürger zu hof Gebrauc suchung fällen nicht a wied.
Läge Menge Stiefel gängen fleidun verwer schänd Dem rung E fache.
hend Existem indem tet bein retten, sollt J
4) Bl ein wer B. Part, I. bot. Die Ra es um treibt in Sinn für Ders w. Berum.
So gesendet er bahin im Ders Anhöhe wüste e schweifen Sei gerungen worden! Fremder er seine die er a Witi Bfletotte liebedoll
Nieder E. glaubert
aus blei

tere hatte ein Gewehr bei sich und äußerte, noch einmal schießen zu wollen, wobei er seine Kameraden tödlich traf. Die Leiche des jungen Mannes wurde nach dem Reserverazarett I gebracht.

— Leipzig, 4. Januar. Am gestrigen Freitag mittag ist in seinem Geschäftslokal am Dittichring der Kaufmann Stiebeling, der einen Handel mit chemischen Artikeln betrieb, durch Zertrümmerung des Schädels mit scharfem Instrument ermordet und beraubt worden. Als Mörder kommt ein elegant gekleideter, etwa 25jähriger Mensch in Frage, den die Polizei in Spiel- oder Schieberkreisen sucht und auf dessen Ermittlung 15 000 M. Belohnung gesetzt sind. Dem Ermordeten sind 25 000 M. in bar und ein Bankbuch über 9000 M. geraubt worden.

— Chemnitz, 3. Januar. Ein tödlicher Unfall ereignete sich vor dem Hotel Continental, in dem sich die Geschäftsstelle des A. und S. Rates befindet. Im Erdgeschoß des Hotels ist ein Maschinengewehr aufgestellt. Als der mit der Bewachung betraute Posten, bestehend aus einem Unteroffizier und einem Soldaten, einmal — verboteerwiese — seinen Platz verließ, machte sich ein Kellnergehülfe an dem Gewehr zu schaffen. Ein Schuß ging los, tötete den vor der Haustür stehenden Unteroffizier und zertrümmerte eine Fenster Scheibe in dem gegenüberliegenden Grundstück. Der Posten und der Kellnergehülfe wurden verhaftet.

— Verordnung über die Abgabe von Heeresgut. Waffen, Munition und anderes Heeresgerät sind vielfach von entlassenen Soldaten mit nach Hause gebracht worden. Diese sowie solche Personen, die Heeresgut von ihnen geschenkt erhalten oder sonst erworben haben, werden sich häufig gar nicht klar gemacht haben, daß sie damit eine mit schwerer Strafe bedrohte Handlung begangen, da Waffen, Munition und alles andere Heeresgut selbstverständlich Eigentum des Reiches geblieben sind, soweit sie die zuständige Stelle nicht selbst dem Entlassenen überlassen hat. Um diese Personen vor Strafe zu schützen, ist soeben die Verordnung über die Abgabe von Heeresgut erlassen worden. Nach ihr bleibt derjenige, der nicht ordnungsmäßig erworbenes Heeresgut bis zum 10. Jan. 1919 oder dem vom Stadtrat oder von der Amtshauptmannschaft bestimmten früheren Termin abliefern, ebenso wie der, von dem er solches Gut erworben hat, von jeder Strafe u. jeder weiteren Untersuchung über die Herkunft des Gutes frei. Die Ablieferung kann an das nächste Artillerie-depot, die nächste Kaserne, das nächste Bezirkskommando oder an Orten ohne solche militärischen Stellen an den Stadtrat, Bürgermeister oder Gemeindevorstand erfolgen. Es ist zu hoffen, daß von dieser Ablieferungsmöglichkeit reichlich Gebrauch gemacht wird, zumal da nach Feststufung Durchsuchungen vorgenommen werden können und in allen Fällen gerichtliche Bestrafung erfolgen wird, in denen nicht ordnungsmäßig erworbenes Heeresgut vorgefunden wird.

— Durch Vererbung von Heeresutensilien und unrechtmäßige Veräußerung sind große Mengen Uniformstoff, ganze Uniformen, Mäntel, Stiefel, Wäsche usw. in den Besitz Privater übergegangen. Ueber diese unrechtmäßig erworbenen Verwertungsstücke der Heeresverwaltung sagt das Reichsverwaltungsamt in seinem heutigen Inserat: „Sie schänden den Träger und den deutschen Namen.“ Dem kann nur beigetreten werden. Die Ablieferung bei den zuständigen Behörden ist daher Ehrensache.

— Handwerker und Gewerbetreibende, gegen die Industrialisierung, die Cure Existenz bedroht, könnt Ihr selbst Euch nur schützen, indem Ihr alle der Deutschen Demokratischen Partei beitrete. Die Sozialdemokratie kann Euch nicht retten, — in der Deutschen Demokratischen Partei sollt Ihr Euch selber retten.

Deutsch-nationale Volkspartei.

In der von der deutsch-nationalen Volkspartei nach dem Deutschen Haus einberufenen Wahlversammlung sprach am Sonntag Herr Staatsanwalt Dr. Barth aus Zwickau, ein Kandidat dieser Partei für die Nationalversammlung. Er ging von der durch die Revolution geschaffenen Lage Deutschlands aus und verbreitete sich dann über die deutsch-nationale Partei und ihr Programm. Insbesondere kennzeichnete er scharf die Gegensätze, die zwischen der deutsch-nationalen Volkspartei, der Sozialdemokratie und der deutschen demokratischen Partei bestehen. Er führte hierzu aus: Die deutsch-nationale Volkspartei ist eine neue Partei, die einen großen Teil der Nationalliberalen, Konservativen und Christlich-Sozialen vereine. Die Namen wie Pfarrer Traub, v. Mangoldt und Maurenbrecher beweisen, daß die Partei keineswegs sich lediglich aus den Kreisen der alten Konservativen zusammensetzt. Sie steht in unüberbrückbarem Gegensatz zur Sozialdemokratie und könne auch nicht wie die deutsche demokratische Partei ein großes Stück Weges mit der Sozialdemokratie gehen (vergl. Rede von J. R. Raabe in Aue). Die Sozialdemokratie erstrebt teils sofortige (die Unabhängigen) oder allmähliche Verstaatlichung (Mehrheitssozialisten) aller Betriebe. Auch die deutsche demokratische Partei will Verstaatlichung, aus ihrem Programm habe der Redner allerdings nicht erkennen können, in wie weit die Verstaatlichung der Betriebe erstrebt werde. Man geht wohl nicht fehl, wenn man aus den Schriften Dr. Rathenaus, eines der Mitbegründer der demokratischen Partei annehme, diese Partei fordere eine Zwangssyndikalisierung der gewerblichen Betriebe. Das Zwangssyndikat bestimmt, welche Typen angefertigt werden und ist berechtigt, unrentable Betriebe zu schließen. Freie Produktion und freier Handel ist der Wahlspruch der Deutsch-nationalen. Dieses Prinzip hat Deutschland in kurzer Zeit groß gemacht.

Die demokratische Partei hat die Revolution schon lange ersehnt und begrüßt sie freudig; im Gegensatz zu ihr bedauert die deutsch-nationale Volkspartei die Revolution, die jetzt Deutschland gegen seine Feinde völlig wehrlos gemacht hat, und die viel ungünstigere Friedensbedingungen nach sich ziehen werde. Auch diese Stellung zur Revolution kennzeichnet deutlich die Verschiedenheit beider Parteien. Die deutsche demokratische Partei sei für die Trennung von Kirche und Staat und wünsche in den Schulen nur eine Art Religionsgeschichte, die alle Konfessionen und Religionen leidenschaftlos vergleiche. Die Deutsch-nationalen erziehen in einer Trennung die schwersten Gefahren für die evangelische Kirche und die Kultur des deutschen Volkes, sie befürchten eine Verrohung der Schulkinder, wenn der Religionsunterricht wegfällt. Daß die demokratische Partei von den Männern des „Berliner Tageblattes“ und der „Frankfurter Zeitung“ begründet worden ist, werde der Partei eine abhängige Stellung vom internationalen Großkapital geben. Die deutsch-nationale Partei trete ein für Wahrung der deutschen Würde, sie erblicke in der Botschaft der demokratischen Partei an Wilson eine ungeheure Würdelosigkeit.

Schutz des Mittelstandes, Eintritt für Beamte und Lehrer, deren Teuerungszulagen vielfach verpätet gekommen seien, Wahrung der Interessen der Landwirte, die sich im Kriege auch unter den schwersten Bedingungen herrlich bewährt haben, erstreckt die deutsch-nationale Volkspartei. Auch erkenne sie die Notwendigkeit des Koalitionsrechtes der Arbeiter an und wolle es erhalten. Großen Beifall spendete die zahlreich erschienene Menge dem Redner. Auch die Redner der deutschen demokratischen Partei, Herr Fuhrmann und Herr Syndikus Illgen erkundten die Sachlichkeit des Herr Dr. Barth an. Herr Fuhrmann erblickt in der Partei

die Partei der Konservativen und versuchte Klarstellung, welche Verstaatlichung seine Partei erstrebe. Herr Syndikus Illgen schloß sich seinen Ausführungen an und wies auf den Widerspruch hin, der zwischen Leitung der demokratischen Partei und ihren Mitgliedern bestehe, die vielfach gegen Trennung von Kirche und Staat Unterschriften abgegeben hätten. Im Schlußwort wies Herr Dr. Barth in äußerst gewandter Weise die Einwendungen von Herr Fuhrmann und Illgen zurück.

Die Stellung der politischen Parteien zur Kirchentrennungsfrage.

Die Ausklärungsstelle für die Kirchentrennungsfrage in Dresden hat an die Landesvorstände der größeren politischen Parteien Sachsens die Anfrage gerichtet, wie sie sich in den kommenden Nationalversammlungen zu den Fragen über die zukünftige Stellung der Kirche im Staatswesen stellen würden. Insbesondere hat sie um Auskunft über folgende Fragen: 1) Wie wird sich Ihre Partei stellen 1) zu einem öffentlich-christlichen Charakter und zum Selbstverwaltungsrecht der evangelisch-luth. Kirche im Staate? 2) zu den Forderungen einer angemessenen etwa 10jährigen Uebergangsfrist für den Abbau der staatlichen Beiträge zum Kirchenwesen? 3) zu einer Sicherung der christlichen Jugendberziehung durch die Schulen des Landes? 4) zu einem Schutz von Kirchengemeinden gegen finanzielle Zusammenbruch? Darauf sind von allen Parteien mit Ausnahme der sozialdemokratischen Antworten eingegangen, die wir in Folgenden in ihren wesentlichen Punkten mitteln:

Die Deutsch-nationale Volkspartei (Dr. Philipp, Dresden) hat geantwortet: „Unsere Partei wird die aufgestellten kirchlichen Forderungen nach jeder Richtung hin vertreten.“ Zu Punkt 3: „In erster Linie muß darauf gestrebt werden, allen Volksschulen in dem bisherigen Umfange die christliche Jugendberziehung zu erhalten, damit allen Kindern die Möglichkeit, die christliche Lehre kennen zu lernen, gegeben ist. Sollte dies zu erreichen nicht möglich sein, dann muß den Eltern, die freie Schulen unterhalten wollen, dieses Recht zugesichert werden. Solche Eltern müssen dann von allen Schullasten gerechterweise befreit werden.“ Zu Punkt 4: „Das Kirchenvermögen muß erhalten bleiben. Soweit eine Wegnahme des Kirchenvermögens durch den Staat erfolgen soll, muß unbedingt nach den Grundsätzen der Enteignung auf volle Entschädigung der Kirche gedrungen werden.“

Die Deutsche Volkspartei (Geh. R. Dr. Vogel, Dresden) verweist auf die Rede von Staatsminister a. D. Dr. Heinze am 29. Dezember im Sirkus Carrasani in Dresden, der dieser die Antwort der Partei auf die gestellten Fragen gegeben hat. Zu Frage 1: „Inwiefern die Aufrechterhaltung der engen Beziehungen zwischen Staat und Kirche auch weiterhin wünschenswert sei, hängt von dem Wesen und der Ausgestaltung des neuen deutschen Nationalstaates ab. Die von nicht berechtigter Seite willkürlich verkündete Trennung ist in einem sehr wenig hierfür geeigneten Augenblick erfolgt; sie kann nur von der Nationalversammlung beschlossen werden. Im übrigen stellt sich das Antwortschreiben ganz und gar auf dem Boden der in den 4 Fragen aufgestellten kirchlichen Forderungen.“

Die Deutsche demokratische Partei (Staatsminister a. D. Rißhake, Leipzig) teilt mit, daß ihre Landesorganisation Sachsen zu den einzelnen Fragen noch nicht Stellung genommen habe und in der gestellten Frist (31. Dezember) auch zum Stellung nehmen könne. Aus den offiziellen Mitteilungen der Partei sei leicht zu erkennen, daß

Zu Zweien einsam.

Roman von O. Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

4) Bläulich brach sie ab, wurde rot und verlegen, lächelte ein wenig besangenen und tief davonlaufend: „Das ist ja alles Unsinn.“

Wolf folgte ihr nicht. Er wandte sich tiefer in den Park, der im frischen Raigrün einen herrlichen Anblick bot. Die jungen Birken dufteten herb und würzig, und die Rosskastanien singen an Blüten zu treiben. So schön ist es um diese Zeit im Walde, so voll neuen Lebens. Es treibt und drängt alles dem Lichte zu, und Menschen, die Sinn für die Schönheit der Natur haben, denen wird das Herz weit vor Lust über das Blühen und Bedeiben ringsherum.

Wolf sah heute nichts von all der Herrlichkeit. Mit gefentem Blick und häßlich zusammengezogener Stirn schritt er dahin. Der Abschied von Gertrude brannte ihm schwer im Herzen. Von einer Richtung im Park, die auf einer Anhöhe lag, hatte man einen Ausblick auf Gertrude. Das wußte er. Er stieg hinauf und ließ seinen Blick hinüber-schweifen auf die verlorene Heimat.

Sein Atem ging schwer. Wie hatte er gekämpft und gerungen um diese Heimat, wie teuer war sie ihm geworden! Nun lag sie verödet und verwüßt, die mühsam bebauten Felder mit Schlamm und Steinen bedeckt — ein Fremder würde in dem alten Herrenhause wohnen, in dem er seine Jugend verlebt hatte, mit Ausnahme der Jahre, die er auf der Schule verbracht hatte.

Mit schweren Schritten wandte er sich um. Da stand Wilhelmine mit ernstem Gesichtchen vor ihm. Sie nahm ihn liebevoll bei der Hand.

„Schauen Sie nicht mehr nach Gertrude hinüber, lieber Wolf, das macht Sie nur traurig.“

Er ging an ihrer Seite zum Schloß zurück. Sie glaubte schon wieder lustig drauf los.

Papa hat mir gesagt, daß Sie noch einige Zeit bei uns bleiben. Welt, Wolf, da fahren Sie einen Tag mit

mir nach Eisenach hinein. Ich möchte so furchtbar gern einmal zu Fuß nach der Wartburg hinaufsteigen. Wollen Sie?

„Gern, Wilhelmine, wenn dich dein Vater meiner Obhut anvertrauen will.“

„Natürlich tut er das. Wollen wir gleich morgen hin?“

„Ja bin einverstanden.“

„Wir werden doch um Himmels willen nicht Fräulein von Schlegel mitnehmen müssen. Meinen Sie, daß Papa das verlangen wird?“

Er suchte die Achseln.

„Wer weiß, es kommt auf die Umstände an.“

„Auf welche Umstände?“

„Wenn ich dich als junge Dame betrachten soll, dann muß entsetzliche Fräulein von Schlegel als Anstandsdame mit; willst du jedoch nur die kleine Wilhelmine sein, dann läßt man uns vielleicht allein gehen.“

Sie lächelte übermütig und sah auf ihr kurzes Kleidchen hinab.

„Gottlob, daß ich noch ein Kind bin, es hätte mir den ganzen Spaß verboden, wenn Fräulein mitgenommen wäre. Sie ist immer gleich müde. Überhaupt, es wird viel schöner, wenn wir allein sind. Wir speisen natürlich zu Mittag auf der Wartburg, und dann sehen wir uns an das himmlische Eisenach, wo man den schönen Blick auf Schönburg hat — ach — es soll herrlich werden.“

Wolf lächelte über ihre ungestüme Freude.

Wilhelmines Vater hatte nichts gegen den Ausflug einzuwenden, und er wurde am nächsten Tage, getreu nach Wilhelmines Programm, unternommen.

Wolf ging auf alle ihre Wünsche ein, und sie erklärte freimütig, er sei ein reizender Mensch, gar nicht der langweilige Kavalier, für den sie ihn gehalten, weil er so für gar nichts Zeit gehabt hätte, als für seine Felder.

Jetzt sei er ganz nett, und es wäre schade, daß er nicht mit seinem Vater auf Schönburg bleibe.

Wolf fragte sie darauf scherzend, ob sie ihn etwa als Kinder mädchen anstellen wollte, denn wenn er ein anderes Amt ausfüllte, hätte er eben auch keine Zeit für sie.

Erst wollte sie schmolzen, aber dann erwiderte ihr die

Vorstellung, sich Wolf als Kinderwärtlerin zu denken, die

Lachlust, und damit war sie schon veröhnt.

„Hochbetriebligt kehrte sie am Abend nach Schönburg zurück und träumte in der Nacht von den Winnesängern. Sie sahen alle aus wie Wolf Gertrude.“

Zwei Jahre waren vergangen, als Heinrich von Schönburg starb, und Wilhelmine, die der Schwermut um den geliebten Vater ganz sinnlos machte, wurde von ihrem Vormund in ein Pensionat gebracht, damit sie in der neuen Umgebung, in Gesellschaft gleichaltriger junger Mädchen, schneller über ihren Kummer hinwegkam.

Zwei Jahre blieb sie dort, ohne sich recht wohl gefühlt zu haben, dann verlangte sie so intensiv nach Hause zurück-zufahren, daß ihr Vormund einlief, es war besser, ihr den Willen zu tun.

Wolf Gertrude hatte inzwischen Deelenkamp bewirkt. Er war durch die ihn ganz ausfüllende Tätigkeit über seinen Schmerz um Gertrude hinweggekommen. Mit Energie und Umsicht nahm er sich der etwas verwahrlosten Wirtschaft an und erwarb sich bald das volle Vertrauen und die Zufriedenheit des Grafen Deelenkamp. Nach Schönburg war er nur auf einen Tag zur Beilegung von Wilhelmines Vater zurückgekehrt, aber er stand in regem Briefwechsel mit seinem Vater.

Anfänglich hatte er in Deelenkamp sehr zurückgelegen gelebt, aber allmählich wurde er in die Gesellschaft gezogen. Der gut aussehende junge Mann, dessen hohe schlanke Gestalt mit dem scharfgeschnittenen, lähnen Gesicht Eindruck auf die Damen machte, wurde bald zu allen Festlichkeiten gebeten, die in der benachbarten Gesellschaft gegeben wurden. Daß er aus gutem alten Hause stammte, öffnete ihm alle Türen. Sein artiges vornehmes Wesen gefiel allgemein, obwohl er sehr ernst und zurückhaltend war und nicht eben viel Worte machte. Den offenen und verflochtenen Gunstbezeugungen der Damenwelt gegenüber verhielt er sich allerdings sehr kühl, aber das brachte ihm wieder die Freundschaft der Männer ein.

(Fortsetzung folgt.)

Die zu den gestellten Fragen eine der Kirche zünftige Stellung einnimmt. „Wir verurteilen auf das entschiedenste das Vorgehen des preussischen Kultusministeriums. Ich persönlich werde meinen ganzen Einfluss darauf einsetzen, daß die Verordnung auf diesem Gebiete ohne besondere Erschütterung vor sich geht, daß die Selbstständigkeit der Kirche sowohl in rechtlicher als auch in finanzieller Beziehung eine Sicherung erfährt und daß die christliche Jugendziehung in dem von mir bereits gelegentlich der Verhandlungen über ein neues Schulgesetz gedachten Sinne im Jahre 1912 mit Nachdruck vertreten wird.“

Bermischte Nachrichten.

Ein Geldbriefsträger erdroßelt. Im Hotel Adlon in Berlin wurde Freitag vor-mittag der 58 Jahre alte Geldbriefsträger Oskar Lange erdroßelt aufgefunden. Die Tat muß Donnerstag vormittag geschehen sein, nachdem Lange schon einige Bestellungen ausgeführt hatte. Er hatte bei Antritt des Bestellschlusses 8000 Mark bares Geld und 41 Geldbriefe mit hohen Beträgen bei sich. Die Bestell- und Geldbrieftasche wurde bei dem Ermordeten unbeschädigt, aber leer vorgefunden. Geld und Geldbriefe waren geraubt. Das Zimmer, in welchem der Mord entdeckt wurde, gehörte zu einer Nacht von Räumen im ersten Stock, welche bis Don-nerstag ein angeblühter Hausbesitzer v. Winterfeld aus Hamburg innehatte. Auf die Ermittlung des Ver-brechers haben die Oberpostdirektion und die Kriminalpolizei je 5000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 6. Januar. Im Anschluß an die Demonstrationen für den abgelehnten Polizeipräsidenten Eichhorn haben am Sonntag nach-mittag gegen 6 1/2 Uhr die revolutionären Obleute und Vertrauensmänner der Groß-Berliner Gewerbe wiederum den „Vorwärts“ besetzt. Die Redak-teure und Herr von Heilmann konnten noch tele-phonisch die Regierung und die Kommandatur von dem Vorfall in Kenntnis setzen. Vor dem „Vor-wärts“ hatte sich eine große Menschenmenge ge-sammelt. An vielen Stellen wurden Redak-toren, die sämtlich in Hochrufe auf Eichhorn ausklangen. Das Propagandabureau der sozialdemokrati-

schon Partei für Groß-Berlin wurde geöffnet und das gesamte Material, Zeitungen, Broschüren, Flug-blätter und Plakate auf die Straße hinausgetragen, wo es verbrannt wurde. Ferner ist das Wolff-sche Telegr.-Bureau, sowie die Redaktion des „Berl. Tagbl.“, des „Volksanzeigers“, der „Post. Ztg.“, „Ull-stein“ und „Scherl“ von der revolutionären Arbeiter-schaft Groß-Berlins besetzt. Wie die „Rote Fahne“ schreibt, dürfen die bürgerlichen Blätter weiter er-scheinen, jedoch unter der Kontrolle des A. und S.-Rates, der damit nur seine Pflicht als Organ der bedroh-ten Revolution übernimmt. Weiter stellt die „Rote Fahne“ fest, Polizeipräsident Eichhorn bleibt im Am-te, gestützt auf den Willen der Groß-Berliner Arbei-terklasse, der Sicherheitswehr und der Flottenmarine.

Berlin, 7. Januar. Ueber die Vorgänge in Berlin wird gemeldet: Während die Demon-strationen für und gegen die Regierung am Vor-mittag ohne größere Ruhestörungen und Zusammen-stöße verliefen, kam es am Nachmittag zu blü-tigen Kämpfen. Ueber die Kämpfe, die am Mont-ag stattgefunden haben, läßt sich, wie die „Tel-Union“ erzählt, ein abschließendes Urteil noch nicht geben. Es haben Kämpfe vor dem Reichskanzler-palast, vor dem Kriegsministerium und in der Kö-penicker Straße bei der Pionierkaserne stattgefunden. Bei den Kämpfen hat eine Einigung zwischen den Kämpfenden dahin stattgefunden, daß ersteres pa-ritätisch besetzt worden ist, während die Kämpfe an den anderen Stellen unentschieden geblieben sind. Die Pioniere, die Besatzung des Reichskanzlergebäu-des, sowie des Kriegsministeriums, stehen auf Sei-ten der Regierung, während bei den anderen Trap-penkörpern, wie mitgeteilt wird, wenig Neigung besteht, aktiv an der Austragung der Streitigkei-ten teilzunehmen. Es wird vielmehr beabsichtigt, sich neutral zu halten. Auch die Matrosendivision soll die Absicht haben, eine neutrale Haltung zu be-wahren. Unter der an der Bewegung beteiligten Arbeiterschaft herrscht eine zusehender Stimmung, obgleich die gestrigen Kämpfe eine Reihe von To-ten und Verwundeten im Gefolge hatten.

Berlin, 7. Januar. Die Reichsdruckerei ist, wie die „Post“ berichtet, gestern nachmittag in die Gewalt der Spartakusleute gelangt, die das Gebäude in Händen haben, und die Vorräte an fer-tigem Geld mit Beschlag belegten.

Schwerin, 7. Januar. In der vorletzten

Nacht versuchten die Unabhängigen mit Hilfe von aus Berlin herbeigerufenen Matrosen eine Gewaltthat. Die Matrosen waren spät am Abend in Schwerin angekommen. Nachdem sie ver-gänglich versucht hatten, im Schloß und in der Ar-tilleriekaserne Quartier zu nehmen, besetzten sie das Arsenal, ferner den Bahnhof, die Post und das Tele-graphenamt und unterbanden und verhierten je-der Verkehr. Sie erklärten die Regierung für ab-gelehnt und bezichtigten den Solbatenrat der Bestechung. Ebenso gingen sie daran, angeführte Per-sönlichkeiten der Stadt zu verhaften, darunter Vor-sandsmitglieder der ehemaligen Vaterlandspartei. Gegen 10 Uhr morgens kam die Artillerie mit Geschüt-zen und die Garnison mit Maschinengewehren her-bei. Das Arsenal, in dem sich die Matrosen ver-schanzt hatten, wurde unter starkes Maschinengeweh-rfeuer genommen und die Matrosen schließlich übermächtig verhaftet und abgeführt. Nachdem wurde der Verkehr wieder aufgenommen.

Haag, 7. Januar. „Handelsblad“ meldet aus Amerongen: Am Sonnabend abend erschi-nen an der Pforte des Schlosses Amerongen zwei gepanzerte Automobile mit 13 Insassen, die den Kaiser zu sprechen wünschten. Es war bereits 1/10 Uhr abends, und da der Wache die Sache sehr verdächtig vorkam, verständigte sie die Polizeiwache, die mit Karabinern und Revolvern herbeikam. Die Automobile wurden umzingelt und untersucht. Es fanden sich Gewehre vor. Die In-sassen wurden in Amerongen eingehend verhört. Ueber das Ergebnis der Untersuchung ist noch nichts bekannt geworden. Die Insasse behaupteten noch, sie seien von der amerikanischen Gesandtschaft geschickt, um den Kaiser zu sprechen.

Basel, 7. Januar. „Daily Telegraph“ meldet aus Petersburg: Nach einem Bericht der „Prawda“ ist Radel mit einer Anzahl bolschewistischer Elemente nicht auf dem Landwege, sondern zur See mit Hilfe deutscher Matrosen nach Deutschland ge-kommen. Demselben Blatt zufolge steht die Entsendung weiterer Bolschewistenführer nach Deutschland für die näch-sten Tage bevor.

Frauen-Abend

in der „Anton“ Donnerstag, den 9. Januar, abends 8 Uhr zwecks Aussprache über die bevorstehenden

Wahlen.

Hierzu laden alle ihre Mitglieder herzlich und dringend ein:

Albertverein. Frauenverein. Verein Frauendank. Nationalbund deutscher Frauen.

Für die uns zur

Verlobung

unserer Nichte in so überaus reichem Masse dargebrach-ten Glückwünsche und Aufmerksamkeiten danken wir, zugleich im Namen des Brautpaares, hierdurch herzlichst.

Hermann Wagner und Frau.

Für die uns dargebrachten Geschenke und Gratulationen zur goldenen Hochzeit sa-gen wir allen herzlichsten Dank.

Hermann Gläss und Frau.

Hierdurch die traurige Nach-richt, daß am Sonntag nach-mittag unsere liebe, unvergeß-liche Tochter und Schwester

Verra

nach kurzem, aber schweren Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Dies zeigt schmerzerfüllt an die trauernde Familie Karl Gläss.

Phonograph

mit 35 gr. Platten z. verk. Wo, zu erf. in der Geschäftsst. d. Bl.

Bestellungen

auf das „Amts- und Anzei-geblatt“ werden noch fortwährend bei unsern Voten, bei sämtlichen Postämtern und Landbriefträgern und in der Geschäftsstelle d. Bl. angenommen und die seit dem 1. Januar er. erschienenen Nummern, soweit der Vorrat reicht, nachgeliefert.

Geschäftsstelle des Amtsblattes. Den fälligen Abonnements-Betrag bitten wir nur gegen gedruckte Quittung an unsere Kassen ver-abfolgen zu wollen.

Central-Theater.

Heute Mittwoch, den 8. Januar, großer Son-derstag.

Hedda Vernon, die unübertreffliche Künst-lerin, im Film

Hedda im Bade.

Ein wunderbar schönes Lustspiel in 3 Abteilun-gen mit Hedda Vernon.

Das Armband.

Ein Detektiv-Schauspiel in 4 Abteilungen nach Aufzeichnungen des Detektiv Storjs.

Zu einem Besuche ladet ein Hochachtend Hans Schmidt.

Am Mittwoch Anfang von nachmittag an.

Große helle Fabrikräume

sofort zu mieten gesucht. Angebote mit Preisangabe und ge-nauer Beschreibung des Grundstücks unter A. B. 101 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

„Stimmungabel.“

Mittwoch, abends 9 Uhr, Singkunds in „Stadt Leipzig“. Zahlreiches Erscheinen, auch der passiven Mitglieder, erwünscht.

Der Vorstand.

Schöne Wohnung,

Uhdestr. 8, sofort oder später bil-lig zu vermieten. Näheres durch H. Richter, Theaterstr. 3.

Berufsliste Nr. 571

der Sächs. Armee ist eingegangen und kann in der Ge-schäftsst. d. Bl. eingesehen werden.

Perlnäherinnen,

die das Benähen von Roben usw. übernehmen können — Ma-terial wird dazu gegeben — wol-len Angebote unter R. P. 6 an die Geschäftsstelle dieses Blattes senden.

Schreibmaschine

(gebraucht) zu kaufen gesucht. An-gebote mit Preis unter X. an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Siebel-Wohnung

mit 2 Kammern sofort zu be-ziehen. Neugasse 2.

Kunstseidenfäden : - : Naturseidenabfälle

zu guten Preisen. Diamant, Zwickau, Sa., Bahnhofstr. 21 B. Tel. 612.

Anzeigen und Bekanntmachungen

für die abends erscheinende Zeitung werden bis spätestens vormittag 10 Uhr erbeten; später eingehende müssen für die folgende Nummer zurückgestellt werden. Ausnahmen sind nur in besonders dringlichen Fällen zu erhöhtem Preise an-gänglich.

Husten, Atemnot,

Berkschleimung. Schreibe allen Leidenden gerne um-sonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite. Heinrich Decker, Wackersleben, Provinz Sachsen.

Auch bei Hautjucken, Flechten, Krätze, offenen Weingeschwürren gerne um-sonst Auskunft. Rückmarke erwünscht.

Ein in allen Arbeiten der Stilk-stube bewandertes

Fräulein für sofort gesucht. Angebote unter A. B. an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Zoll-Inhaltserklärungen

weiße und grüne Formulare, empfiehlt Emil Gannebohn.